



Die rote Berta



Informationen aus und für Neustadt und seine Weindörfer
Sonderausgabe zum Jubiläum 150 Jahre Deutsche Sozialdemokratie

150 Jahre Sozialdemokratie: Stolz und Verpflichtung

„Ändere die Welt, sie braucht es!“, so kurz fasst Bertold Brecht, was lange vor ihm Menschen erkannten. Sie lebten in einer Welt brutalster sozialer Ungerechtigkeit und Ausbeutung. Sie schufteten als Handwerkergehilfen, Arbeiter und Angestellte zwölf Stunden am Tag, sechs Tage die Woche und konnten von dieser Arbeit kaum ihre Familie ernähren. Obwohl beide Eltern und sogar die Kinder arbeiten mussten.

Befördert wurde diese Situation gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts vor allem durch die zunehmende Industrialisierung und die Klassengesellschaft. Die zunehmende soziale Ungerechtigkeit und die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, in Verbindung mit mangelnder politischer Freiheit und Teilhabe führten zu wachsenden sozialen Spannungen.

Ein Beispiel für einen Aufschrei nach ökonomischer und persönlicher Freiheit war bereits das Hambacher Fest 1832 und die darauf folgenden revolutionären Aufstände auch und vor allem in der Pfalz.

In dieser Situation mussten Männer wie August Bebel und Ferdinand Lassalle handeln. Sie gründeten die ersten Arbeitervereine, die sich schließlich zu der Partei vereinigten, die sich bis heute für die soziale Gerechtigkeit, für Solidarität und Freiheit einsetzt. 150 Jahre ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) damit alt. Als Gründungsdatum feiert sie in diesem Jahr die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) durch Lassalle im Jahre 1863.



Ferdinand Lassalle (1825-1864)

Fünf Jahre später gründeten August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP). Beide Gruppen verfolgten das Ziel der Abschaffung der Ständegesellschaft und der Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung und setzten sich für die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit ein. Sie vereinigten sich 1875 zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Bis dahin hatten die beiden Organisationen durchaus auch unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt.

Ein ständiges Ringen um die richtige Positionierung im „linken“ Spektrum ist der Partei seitdem geblieben und hat auch bereits mehrfach zu heftigen internen Auseinandersetzungen und Abspaltungen geführt, so z.B. die der USPD (1917) und der WASG (2004). Im Kern begründet die interne Diskussion und die Suche nach den richtigen Antworten in der jewei-

ligen Zeit allerdings das lange Überleben der SPD. Immer konnte sie ihre Grundforderungen nach Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit in die richtige Begegnung der Herausforderungen der aktuellen Entwicklungen übersetzen und auch aus eigenen Fehlern in der konkreten Umsetzung lernen.

Ähnlich den Gründern der Gewerkschaftsbewegung hatten die Gründer der SPD verstanden, dass die Erreichung und vor allem der Erhalt einer besseren Lebenssituation für breite Bevölkerungsschichten nicht in der Aktivität des Einzelnen liegen kann, sondern, dass es der gemeinschaftlichen Anstrengung bedarf. In den Worten von Lassalle: „Die sittliche Idee des Arbeiterstandes dagegen ist die, daß die ungehinderte und freie Betätigung der individuellen Kräfte durch das Individuum noch nicht ausreicht, sondern daß zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit in der Entwicklung.“

Die Ziele der Sozialdemokratie und das rasche Wachstum ihrer Organisationen wurden schnell zur Bedrohung für die herrschenden Gruppen in der Klassengesellschaft.



**EIN BESSERES LAND
KOMMT NICHT VON ALLEIN.**



**„Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.“
(Bebel)**

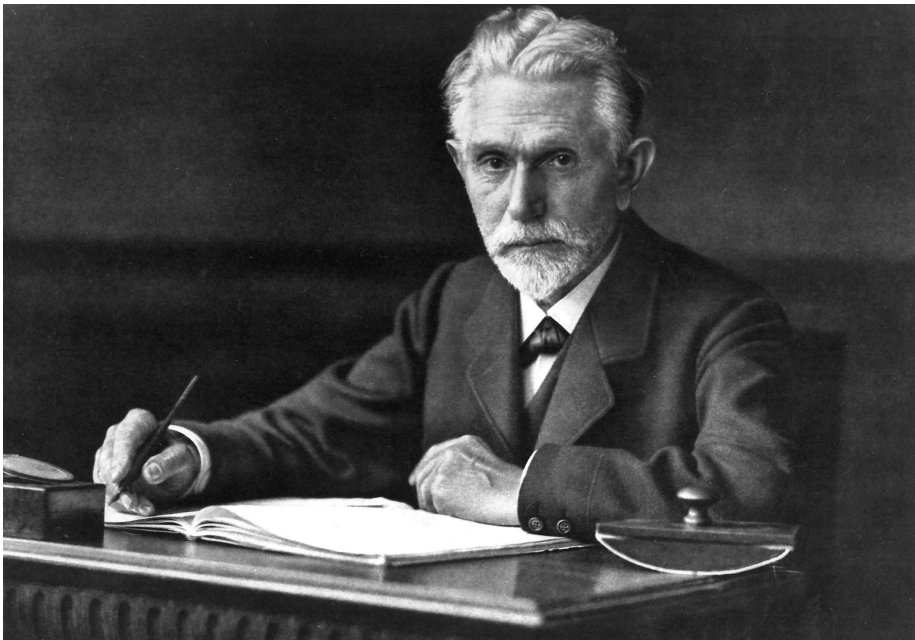
Die Forderung nach der Beteiligung an den selbst erarbeiteten Arbeitserlösen, die Forderung nach politischer Mitbestimmung und nach der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, solche Gedanken empörten Adel, Regierung

und weiter gearbeitet. So löste sich z.B. der Neustadter Ortsverein (gegründet 1872) auf und gründete den „Wahlverein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen“.

Nach Aufhebung des Parteiverbots gewann die Partei bereits 1890, umbenannt in SPD, schnell weitere Mitglieder und stellte bereits 1912 die größte Fraktion im Berliner Reichstag.

erst 1922 wieder Teil der SPD wurde. Nachdem der Krieg Deutschland zerstört hatte, setzte sich die SPD für den Aufbau einer demokratischen Republik ein und übernahm mit Friedrich Ebert als Reichspräsident die Verantwortung für einen Staat im politischen Chaos. Auch in Neustadt hatten sich 1918 zunächst Soldaten- und Arbeiterräte gebildet, um die Ordnung wieder her zu stellen, sie wurden aber mit der Besetzung durch Frankreich verboten.

Der Kampf der Sozialdemokratie um den Aufbau einer demokratischen und freien Gesellschaft gegen die politischen Kräfte von links und rechts schien bereits wenige Jahre später verloren, als es Adolf Hitler gelang, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Auch in Neustadt hatten sich die Sozialdemokraten lange gegen diese Entwicklung gewehrt, von Schlägereien zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten wird auch aus unserer Stadt berichtet.



August Bebel (1840-1913)

und teilweise auch noch das „gehobene“ Bürgertum. Zunächst versuchte Reichskanzler Bismarck erst durch das Verbot der SAP (von 1878 bis 1890) und dann durch Übernahme einiger sozialdemokratischer Konzepte der Gefahr größerer gesellschaftlichen Veränderungen zu entgehen, indem 1883 die Krankenversicherung, 1884 die Unfallversicherung und 1891 die gesetzliche Rentenversicherung eingeführt wurden.

Die sozialdemokratische Idee konnte jedoch nicht mehr aufgehalten werden und im Untergrund wurde, trotz repressiver Verfol-

gung, weiter gearbeitet. So löste sich z.B. der Neustadter Ortsverein (gegründet 1872) auf und gründete den „Wahlverein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen“.

„Nicht der Krieg, der Frieden ist der Vater aller Dinge.“ (Brandt)

Im ersten Weltkrieg hatte die SPD zunächst den Erhalt des Friedens gefordert, dann aber, als der Krieg nicht mehr zu verhindern war, mehrheitlich für Kriegskredite gestimmt. Dies führte zur Abspaltung der „Unabhängigen SPD“, die



Friedrich Ebert (1871-1925)



Im Reichstag zeigte die SPD kurz vor ihrem Verbot und unter der Gefahr der Verhaftung der Fraktionsmitglieder dennoch Mut und Standfestigkeit. Als einzige Fraktion und mit einer bewegenden Rede - die auch in der Ausstellung auf dem Hambacher Schloss zu hören ist - durch Otto Wels stimmten die noch nicht verhafteten Sozialdemokraten gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz.

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“(Wels)

Mit zunehmender Verfolgung und schließlich dem Verbot der Partei waren viele Sozialdemokraten gezwungen, ihr Heimatland zu verlassen. Wem dies nicht gelang, dem drohte die Haft im Lager und der Verlust der Lebensgrundlage. In Neustadt wurden in zwei Verhaftungswellen bereits kurz nach der Machtübernahme durch die NSDAP die führenden SPD-Mitglieder verhaftet. Die kürzlich eröffnete Ausstellung in der Turenne-Kaserne macht auch ihr Schicksal deutlich.

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs machten sich die Genossinnen und Genossen der SPD daran, zum zweiten Mal den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft in Deutschland entscheidend mit zu gestalten. Bereits im August 1946 erfolgte die (heimliche) Wiedergründung des Neustadter Ortsvereins, von 1948 bis zur Eingemeindung der Weindörfer war die SPD die stärkste Partei im Neustadter Stadtrat. Von 1949 bis 1965 stellte sie mit Edwin Hartmann auch den Oberbürgermeister, sowie von 1992 bis 2001 mit Dr. Horst-Jürgen Weiler.

Auf Bundesebene in Westdeutschland konnte die SPD, insbesondere mit Persönlichkeiten wie Gustav

Heinemann und Willi Brandt, erst ab 1966 durch Übernahme von Regierungsverantwortung frischen Wind in die Weiterentwicklung der deutschen Demokratie bringen. In der DDR war die SPD bereits 1946 durch Zwangsvereinigung mit der KPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) verschwunden.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ (Brandt)



Willi Brandt (1913-1992)

In der Regierungsverantwortung machte sich die SPD in Westdeutschland daran, die Ideale von Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu verwirklichen. Eine Bildungsoffensive, zu der auch die Gründung zahlreicher Universitäten gehörte, Modernisierungen im Rechtssystem und in der Sozialgesetzgebung, Aktualisierung der Mitbestimmung und die Aufnahme von Verhandlungen mit den Ostblockstaaten gehörten zum Arbeitsprogramm der SPD-Regierung, als Brandt 1969 Kanzler einer

sozial-liberalen Koalition wurde. Für seine Bemühungen um den Frieden erhielt Brandt 1971 den Friedensnobelpreis. Er ist eines der Vorbilder, dem viele in der Partei bis heute stolz sind zu folgen.

Es war nicht alleine das „mehr Demokratie wagen“ in einem verstaubenden System, sondern die Bemühungen um die Verbesserung der Lebenssituation aller Menschen: „Die ganze Politik kann sich zum Teufel scheren, wenn sie

nicht den Menschen hilft“, wird er zitiert. Brandt übergab die Kanzlerschaft dann an Helmut Schmidt, der vor allem durch seine Wirtschaftskompetenz bis heute bekannt geblieben ist.

Ein neuerlicher Aufbruch gelang der SPD, seit 1990 vereinigt aus West- und Ost-SPD, mit Kanzler Gerhard Schröder und seiner rot-grünen Regierung ab 1998. Neben der heute in Teilen heftig diskutierten Agenda 2010 wurden zahlreiche Reformen angestoßen. Auch



in der internationalen Politik machte die SPD deutlich, dass gegen Völkermord, aber auch gegen unbegründete Kriegshandlungen einzustehen ist. Und der Ausstieg aus der Kernenergie, von der SPD bereits seit 1986 gefordert, wurde eingeleitet.

Von 2005 bis 2009 übernahm die SPD dann Verantwortung als Junior-Partner einer großen Koalition. Und 2013 steht sie wieder bereit, mit den richtigen, aktuellen Konzepten und Lösungen, um in Deutschland zur Entwicklung einer besseren, gerechteren Gesellschaft Regierungsverantwortung zu übernehmen.

„Es hat keinen Sinn, die Mehrheit für die Sozialdemokratie zu erringen, wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein.“ (Brandt)

Die SPD darf stolz auf 150 Jahre Kampf für eine bessere Gesellschaft zurück blicken. Es ist heute durch alle (demokratischen) Parteien und Bevölkerungsschichten verstanden, dass Sozialpolitik, Demokratie und Freiheit die Basis einer lebenswerten Gesellschaft bilden.

Die SPD hat viele ihrer Ziele zur Verbesserung der Lebensbedingungen vieler erreicht, aktuelle Entwicklungen zeigen aber, dass sie nicht nachlassen darf im Einsatz für die Werte, die seit ihrer Gründung ihren Kern ausmachen. Eine sich öffnende Einkommensschere, die immer noch nicht erreichte Chancengleichheit in der Bildung, unkontrollierte Finanzmärkte ohne Bezug zur Realwirtschaft, die Frage der Gleichstellung von Männern und Frauen, die Frage der fairen Beteiligung an der wirtschaftlichen Wertschöpfung, der zunehmende Verlust der Teil-

habe am gesellschaftliche, kulturellen und politischen Leben für einige Bevölkerungsgruppen, und die reduzierte soziale Sicherheit, sei es in der Erwerbsarbeit, in der Arbeitslosigkeit oder in der Rente. All dies sind Entwicklungen, welche das Ziel einer friedlichen, gerechten, sicheren und lebenswerten Gesellschaft bedrohen. All dies sind Herausforderungen, auf welche die Sozialdemokratie seit 150 Jahren Antworten findet und durchsetzt. Und wenn heute nur die Kosten der sozialen Marktwirtschaft diskutiert werden, so zeigt die Entwicklung der Geschichte der SPD und Deutschlands eindrucksvoll den Wert von gerechter Sozialpolitik und der sozialen Marktwirtschaft für unsere Gesellschaft.

Für die nächsten 150 Jahre wird die SPD weiter Antworten finden müssen. Auf Basis ihrer Kernwerte muss sie ihre Vision der künftigen Gesellschaft entwickeln. Nach Max Weber gilt weiterhin: „Die geschichtliche Erfahrung bestätigt, dass man das Mögliche nicht erreicht, wenn nicht immer wieder ... nach dem Unmöglichen gegriffen wird.“ Nach 150 Jahren gilt es wieder einmal mehr Demokratie, mehr Gleichheit und mehr Gerechtigkeit zu fordern und zu wagen.

„Solange wir dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit haben, solange der Begriff Genossin oder Genosse zu sein nicht irgendeine Floskel wird, solange wird diese Sozialdemokratie etwas Besonders bleiben. Und sie wird gebraucht werden, um Gerechtigkeit nicht zu einem bloßen Schlagwort werden zu lassen, sondern sie zu einem prägenden Teil der Politik zu machen – gestern, morgen und heute!“ (Kurt Beck)

Quellen

- Brandt, Peter ; Lehnert, Detlef (2013): „Mehr Demokratie wagen“ – Geschichte der Sozialdemokratie 1830-2010, Berlin
- Prantl, Heribert (2013): Genosse Sisyphos, in: Süddeutsche Zeitung 18./19./20. Mai 2013, S. 6
- SPD Regionalverband Pfalz (2012): 1871-2011 – 140 Jahre SPD Pfalz, Neustadt
- Wunder, Gerhard (1985): Die Sozialdemokratie in Neustadt an der Weinstraße seit 1832, Neustadt

Bilder © AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung

Impressum

ViSdP:

Pascal Bender
Vorsitzender SPD
Stadtverband Neustadt
Haus der SPD Pfalz
Maximilianstr. 31
67433 Neustadt

Redaktion dieser Ausgabe:

Dr. Andreas Böhringer

www.spd-nw.de

<https://www.facebook.com/spdneustadtweinstrasse>

Am 22. September ist Bundestagswahl. Gehen Sie hin! Wählen Sie Heike Mrosek-Handwerk! Wählen Sie die SPD!



EIN BESSERES LAND KOMMT NICHT VON ALLEIN.